

Aufruf der DFG-VK NRW
22. Juni 1941 – 2021:
80. Jahrestag des Überfalls der Wehrmacht
auf die Sowjetunion



Am 22. Juni jährt sich zum 80. Mal der Überfall der deutschen Nazi-Wehrmacht auf die damalige Sowjetunion. Damit begann 1941 ein Vernichtungsfeldzug ohne Gleichen, dem über 26 Millionen Sowjetbürger*innen zum Opfer fielen, davon mehr als die Hälfte Zivilist*innen. Es kam zur gezielten Tötung von Jüd*innen, Sinti und Roma und kommunistischen Funktionär*innen, zahlreichen Massakern fielen Zigtausende von Zivilist*innen zum Opfer. Durch die Ausplünderung des Landes kam es zu Hungersnöten, in deren Folge weitere Millionen Menschen starben. Über 3 Millionen sowjetische Kriegsgefangene wurden ermordet oder starben durch die Umstände ihrer Haft. Auf dem Rückzug verfolgte die Wehrmacht die Strategie der "verbrannten Erde" und zerstörte große Teile der Infrastruktur. Die Nazis hatten das Ziel der Vernichtung der "Slawischen Untermenschen" vorgegeben und Wehrmacht, SS und Polizeitruppen setzten es erbarmungslos um. Vor allem die westlichen Teile der Sowjetunion, die Baltischen Staaten, die Ukraine und Weißrussland litten unter der deutschen Mordmaschinerie, Russland verlor Millionen Menschen, unter anderem durch die Hungerblockade von Leningrad.

Der bald nach Ende des II. Weltkriegs beginnende Kalte Krieg verhinderte eine umfassende Aufarbeitung dieser Barbarei, zum Teil bis heute. Behindert wurde eine solche Aufarbeitung auch durch die unterschiedliche Entwicklung der Teilstaaten nach der Aufspaltung der Sowjetunion und nach Auflösung des Warschauer Vertrages: die baltischen Staaten wurden Teil der NATO und der EU, die Ukraine näherte sich spätestens seit 2014 dem Westen an. Gegenüber Weißrussland und vor allem gegenüber Russland wurden jedoch schon bald die Mauern einer neuen Konfrontationspolitik hochgezogen. Trotz anderslautender Versprechungen dehnte sich die NATO nach Osten aus: 1999 wurden Ungarn, Tschechien und Polen aufgenommen, 2004 folgten Slowenien, Slowakei, Estland, Lettland, Litauen und Bulgarien. Albanien und Kroatien traten 2009 bei. Den Ukraine-Konflikt nutzte die NATO, um auch die Zusage zu brechen, keine Truppen dauerhaft an der russischen Grenze zu stationieren. Mit einem selbst konstruierten neuen/alten Feindbild Russland begründet die deutsche Regierung eine dramatische Aufstockung der Militärausgaben auf 2% der Wirtschaftsleistung. Diese Entwicklung wurde von Russland ebenfalls mit Truppenkonzentrationen und neuen Rüstungsanstrengungen beantwortet. Auch ein neues atomares Wettrüsten findet seit Jahren statt, die Kriegsgefahr in Europa wächst.

Unabhängig von aller Kritik an der Innenpolitik Russlands und Weißrusslands verpflichtet uns die Erinnerung an das, was den Menschen dort vor 80 Jahren angetan wurde, heute dazu, für eine Friedens- und Entspannungspolitik gegenüber Russland und Weißrussland einzutreten. Eine friedliche Entwicklung in Europa ist nur mit Russland und nicht gegen diese Nuklearmacht möglich. Und auch für die Ukraine und Weißrussland ist eine demokratische Zukunft nur in einem Europa des Friedens und der Entspannung denkbar. So wie Deutschland selbstverständlich eine besondere Verantwortung gegenüber Israel als Staat der Juden wahrnimmt, so hat unser Land auch eine besondere Verantwortung gegenüber Russland und den anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion. Auf Ebene der Zivilgesellschaft findet das bereits statt in Form einiger Städtepartnerschaften oder auch durch regelmäßiges Gedenken an den Gräbern sowjetischer Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter in Deutschland. Hieran gilt es anzuknüpfen!

Wir fordern die Landesregierung auf, zum 80. Jahrestag des Überfalls auf die Sowjetunion eine Gedenkveranstaltung auch im Landtag vorzubereiten und durchzuführen. Dies gebietet sich angesichts der zahlreichen auch auf dem Gebiet des heutigen NRW ermordeten und hier begrabenen sowjetischen Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern.

An unser aller Verantwortung erinnern wir am 22. Juni 2021: Für Frieden und Abrüstung, für eine neue Entspannungspolitik mit Russland und eine gesamteuropäische Friedensordnung auf Gegenseitigkeit!